

### **Neue Verbote nützen niemandem**

Noch ist es Winter, jedoch wurde die Diskussion über die Schaffung einer Fußgängerzone in der Kleinen Ulrichstraße bereits hitzig geführt. Aktuell sieht die Verkehrsregelung bereits eine Durchfahrtsbeschränkung für diesen Bereich vor. Lediglich Anwohnern und Anliegern ist ein Befahren gestattet. Die Motivation des Antrages von Bündnis90/DIE GRÜNEN, Fußgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer zu schützen ist grundsätzlich nachvollziehbar und begrüßenswert. Ungeachtet des finanziellen und bürokratischen Aufwands einer Sperrung für den Autoverkehr wäre es jedoch wesentlich sinnvoller, die bestehenden Auflagen für die Verkehrsteilnehmer auch tatsächlich durchzusetzen.

Nach eigener Erfahrung als Gast und Kunde funktioniert das derzeitige Konzept sehr gut. Die ansässigen Geschäftsinhaber und Gewerbetreibenden profitieren vom einzigartigen Charakter des Straßenzuges. Dieser wird anhand der großflächigen Terrassenanlagen in den warmen Monaten jedem, zumeist als Fußgänger unterwegs, augenscheinlich. Jede anderslautende Vermutung, wie die freien Prognosen im Antrag auf die Sperrung der Kleinen Ulrichstraße von den Verfassern selbst bezeichnet wurden, sind doch ein sehr gewagter Ansatz, um eine Änderung der aktuellen Situation für die Gewerbetreibenden schönzureden. Profitiert nicht die Stadt Halle durch Einnahmen am funktionierenden Gewerbe und damit alle Einwohner, ergänzt durch eine in dieser Art einzigartige Symbiose der Gäste und Nutzer in diesem Innenstadtbereich?

Die Sicherheit und das Wohl aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum liegen uns allen unbestritten sehr am Herzen. Dieses durch zusätzliche Verbote, Regelungen und Bürokratie zu erreichen entfernt sich jedoch jedem sachlichen Betrachter. Es darf nicht dazu kommen, Verbote aufgrund von Vermutungen zu installieren, die Bürokratie verursachen, Geld kosten und nach aktuellem Sachstand niemandem nützen. Vom Vorwurf, einen Rechtsbruch zu legitimieren, wie die Entscheidung des Planungsausschusses von einem Mitglied des Stadtrates interpretiert wurde, kann man sich nur distanzieren.

Das klare Ausschussvotum gegen eine Sperrung der Kleinen Ulrichstraße sollte die Verwaltung als Auftrag verstehen die aktuellen Beschränkungen wirklich durchzusetzen und dieses Thema im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zum Verkehr in der Stadt Halle zu berücksichtigen.